Armee und Volk in Albanien Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 14. Juli 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Bänninger: Sieg der kommunistischen Betriebsräte!

Am Freitag, den 29.6., wurde bei Bänninger in Gießen gestreikt (s. auch RM Nr. 26). Damit hat sich Bänninger in die Streikfront im Bezirk und im ganzen Land eingereiht. Die Betriebszelle der KPD/ML hat bei diesem Streik beispielhaft gezeigt, wie Kommunisten für die Vereinigung der Arbeiter im revolutionären Klassenkampf eintreten. Hier ihr Bericht über die Fortsetzung des Kampfes:

"Bei Bänninger stand die Forderung: 60 Pfg. mehr pro Stunde, Teuerungszulage von 100 DM. Die spontane Arbeitsniederlegung am Freitag hatte zur Folge, dass die beiden beteiligten kommunistischen Betriebsräte ein Hausverbot bekamen und zwangsbeurlaubt wurden (Sie wurden nicht sofort entlassen, wie im letzten RM irrtümlich behauptet – die Red.). Sofort am Montag kam die Antwort des Rot-Guss, der Betriebszeitung der KPD/ML bei Bänninger. Von den beiden Betriebsräten erschien ebenfalls ein Flugblatt. Hier wurde klar den Zusammenhang zwischen dem Streik für die Teuerungszulage und den politischen Entlassungen gezeigt. Ausserdem reichten die Betriebsräte eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht ein und informierten die Rote Hilfe.

Sie störten sich nicht an dem Hausverbot und gingen ihrer Betriebsratstätigkeit weiter nach.

In der Zeit von Montag bis Mittwoch: wachsende Unruhe unter den Kollegen. – Die Bänninger-Kapitalisten antworten noch immer nicht auf die 60 Pfg.-Forderung.

Im Betrieb geht das Gerücht um, dass die reaktionären Betriebsräte mit der Geschäftsleitung ein 'Angebot' gemacht haben: Bänninger gibt 20 Pfg. mehr, die beiden 'Maoisten' fliegen raus.

Am Mittwoch kommt es zur zweiten spontanen Arbeitsniederlegung. 40 Kollegen sammeln sich und marschieren durch den Betrieb. Sie folgen damit klar der Streikanleitung, die der Rot-Guss am Montag gegeben hatte: nächstes Mal durch den Betrieb zu marschieren und andere Kollegen mitzureissen.



Protest gegen die Entlassung klassenkämpferischer Kollegen bei Buderus (Dezember 72).

Aber es wird zur falschen Zeit marschiert: zum Schichtwechsel. Die Kollegen der wichtigsten Hallen sind beim Marsch gerade beim Umziehen. Ergebnis: der Streik bricht nach einer halben Stunde zusammen, viele Kollegen sind aufgeschrieben und fotografiert worden.

Das ist eindeutig die Schuld der D'K'P-Führer. Vor dem Streikausbruch sah man von ihnen nur Bittbriefe an die Betriebsleitung. Jetzt, wo der Streik ausbricht, sorgen sie dafür, dass er zur falschen Zeit geführt wird. Sie bieten sich als Organisatoren des Streiks an, organisieren aber in Wirklichkeit mit ihrer Bestimmung des Zeitpunkts den Zusammenbruch des Streiks.

Bei dem Streik kommt es zu zwei weiteren Hausverboten.
Die Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers und ein Kollege bekommen ebenfalls Hausverbot und werden beurlaubt. Der Kollege, ein Vorarbeiter, hatte in seiner Abteilung das Band abgestellt und war damit klar einer Anweisung des Rot-Guss gefolgt.

Trotz der Niederlage – keine Resignation bei den Kollegen. Im Gegenteil. Sie sagen: Jetzt erst recht. Aber der Streik muss besser organisiert werden, wir brauchen eine Streikleitung und Stützpunkte in jeder Abteilung, damit einheitlich losgeschlagen werden kann. Die Forderung ist jetzt: 60 Pfg. mehr! Alle Entlassenen müssen wieder rein! Die schwarzen Listen müssen von der Betriebsleitung aufgegeben werden.

Sobald das Hausverbot der Vertrauensleutekörpervorsitzenden, die auf Seite der Bonzen steht, bekannt wird, versuchen Betriebsratsvorsitzender und andere Pöstchenjäger, sie 'freizukaufen': Sie bieten offensichtlich an: die Kollegin Vertrauensleutekörpervorsitzende wird wieder eingestellt, die beiden 'Maoisten' dafür geopfert.
Sie erreichen, dass ihre Gewerkschaftsfunktionärin noch vor der Betriebsversammlung am Donnerstag wieder eingestellt wird.

Über den anderen Kollegen, ebenfalls Mitglied der Gewerkschaft, verlieren sie kein Wort, er ist bis heute noch nicht wiedereingestellt.

Betriebsversammlung am Donnerstag: Auf Grund der Forderung der Kollegen nehmen die beiden Betriebsräte teil.

Die Bänninger-Kapitalisten, ihr Personalchef und Büttel Wünsch, ein Vertreter der IGM-Ortsverwaltung Giessen und der Betriebsratsvorsitzende bilden eine gemeinsame Front der Reaktion. Sie schiessen aus allen Rohren gegen die 'Terroristen', 'Chaoten' und 'Pseudorevolutionäre', die angeblich weitab von den Massen und von ihnen isoliert sind. Der Streik wird als schlechte Sache hingestellt. Eine Stunde vor der Betriebsversammlung war von Bänninger ein Angebot von 20 Pfg. mehr eingegangen. Natürlich wird dieses Angebot von den Bonzen begrüsst. **Das Ergebnis ist damit dasselbe, das unter dem Beifall der D'K'P für den ganzen Bezirk ausgehandelt worden war.**

Fortsetzung auf Seite 4

Unsicherheitskonferenz in Helsinki

SICHERHEIT DURCH KRIEGSSTIFTER?

Viel Reklame ist dem Schauspiel in Helsinki vorausgegangen: Unter dem Titel "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" wurde die 'Heraufkunft eines Zeitalters des Friedens' beschworen.

Im Mantel der Sicherheit und des Friedens wollten die beiden Supermächte ihre Vorherrschaft über Europa unter dem Beifall der europäischen Länder sanktionieren.

Aber die Ereignisse in Helsinki zeigen, daß bereits im ersten Akt das Stück nicht nach den Wünschen der Verfasser in Washington und Moskau über die Bühne geht: Die Vertreter Österreichs, Jugoslawiens und Maltas richten sich nicht nach den Regieanweisungen der Supermächte. Die Volksrepublik Albanien hat von vorneherein die Teilnahme an einer Konferenz der beiden Supermächte abgelehnt.

Kurz vor Beginn der Konferenz priesen beide Supermächte laut ihre Allianz, die sie in Washington erneut bekräftigt haben: "Unser gegenseitiges Verständnis ist die Grundlage für den Frieden der Welt." Nur einige Abkommen seien noch notwendig, um alle Probleme des Friedens und der Sicherheit zu lösen.
Mit solchen und ähnlichen Tiraden versuchen sie, die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern. Statt den Kampf gegen die Supermächte zu führen, sollen die Völker Europas abwarten und sich den Machenschaften der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten anvertrauen.



Soviel Mühe sie sich auch geben, die Supermächte können nicht von den Tatsachen ablenken. Nur eines ist wahr: Seit die Sowjetunion Lenins und Stalins unter der Führung von Chruschtschow und Breshnew in eine sozialimperialistische Macht verwandelt worden ist, haben die Sowjetunion und die US-Imperialisten in der Tat Verständnis füreinander gefunden. Als imperialistische Räuber haben sich die neuen Zaren im Kreml mit den US-Imperialisten verbrüdert, um gemeinsam ihre Herrschaftspositionen zu sichern und der inneren Schwierigkeiten und Krisen Herr zu werden. Überall auf der Welt arbeiten sie zusammen, um die revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen am Boden zu halten. Die mörderische Aggression des US-Imperialismus in Indochina, der faschistische Überfall der Sowjetischen Sozialimperialisten auf die Tschechoslowakei – diese Tatsachen können sie trotz aller Friedensheuchelei nicht hinwegleugnen. Wie aber kann diese Allianz der zwei grössten imperialistischen Banditen Frieden und Sicherheit in Europa garantieren?

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung:

Unsicherheitskonferenz ...

Wer bedroht denn eigentlich die Sicherheit in Europa? Sind es nicht gerade die USA und die Sowjetunion, die gegenüber Europa ständig eine Politik der Vorherrschaft betreiben? Sind nicht sie es, die ihre Kriegsblöcke aufrüsten?

Waffenstarrende Systeme haben sie sich in Europa geschaffen, um ihre Herrscherrolle zu festigen und das politische Geschehen in Europa nach ihren Interessen zu diktieren.

Die Nato-Manöver haben gezeigt, daß der US-Imperialismus sich nicht scheut, offen mit seinen Waffen zu klirren, wenn jemand nicht nach seiner Pfeife tanzen will. Genauso wenig werden die USA und die SU sich in einer anderen Situation scheuen, diese Waffen ganz brutal gegen die Völker Europas zu wenden.

Dies System der Unterdrückung soll bekräftigt werden, wenn es unter Punkt I der Tagesordnung in Helsinki um die "souveräne Gleichheit aller Staaten" geht. Die europäischen Länder selbst sollen den Supermächten die Rolle des Herrschers mit viel Beifall zuerkennen. Auf dieser Grundlage werden die Supermächte dann jeden aufflammenden Widerstand gegen ihre Vorherrschaft gewaltsam niederschlagen.

Und das im Gewand des Friedensstifters, der einen Krieg verhindern will.

Diese Sicherheitskonferenz unter Führung und Diktat der Supermächte sichert keineswegs den Frieden in Europa, sondern erhöht die Gefahr eines neuen Krieges in Europa.

'Truppenverminderung' Ein Täuschungsmanöver

Auch die Schachereien zwischen den US-Imperialisten und Sozialimperialisten über die Verringerung der Truppen in Europa kann nicht über ihre Absichten hinwegtäuschen. Niemals werden sie freiwillig bereit sein, ihre Kriegsblöcke aufzulösen. Falls die USA und die SU sich nach langem Theater tatsächlich entschließen, einige ihrer Truppen aus Europa abzuziehen, so tun sie das nur, um diese in anderen Teilen der Welt einzusetzen. Und da haben sie ihre Pläne!

Heute stehen an den Grenzen zur Volksrepublik China 49 atomar bewaffnete Sowjetdivisionen! Zum andern aber werden die abgezogenen Truppen jederzeit bereitstehen, um bei Gefahr für die Herrschaft der Supermächte in Europa sofort eingeflogen zu werden. In Manövern wie "Big Lift" haben die US-Imperialisten genügend vorexerziert, daß ihre Truppen innerhalb von Stunden die in Europa verbleibende Kriegsmaschinerie in Gang setzen können.

Die Reduzierung der Truppen in Europa ist nichts als Demagogie! Während sie von friedlicher Abrüstung reden, haben die USA und die SU ihre Blöcke aufgerüstet wie noch nie zuvor. Die Militärausgaben der US-Imperialisten sollen im neuen Finanzjahr um 5 Milliarden Dollar anwachsen, der Kriegsetat in Moskau steigt im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Milliarden Rubel.

Das ist ihre Abrüstung!

Sicherheit und Frieden in Europa, damit meinen die Supermächte nichts anderes als mit Waffengewalt die europäischen Völker in Schach halten zu können.

Westdeutschland im Dienste der Supermächte

Um diese Situation aufrechtzuerhalten, haben sie den westdeutschen Imperialismus in ihre Dienste genommen.

Um seine Unterstützung für ihre Machenschaften in Europa zu erlangen, haben sie verschiedene Zugeständnisse gemacht, die der Expansionsgier der westdeutschen Imperialisten entgegenkommen. Sie haben das Potsdamer Abkommen in den Wind geschlagen und dafür gesorgt, daß die Bonner Revanchisten wieder zu Rang und Stellung in Europa gelangen. Sie haben ihnen Westberlin in den Rachen geworfen. Sie haben auf eine Anerkennung der DDR verzichtet und somit den Weg zur Annexion erleichtert.

So ist "Friedenskanzler" Brandt heute bereit, die Anwesenheit der US-Truppen in Europa zu fordern und zur Duldung des Warschauer Paktes aufzurufen. Aber mit dem bisher Erreichten wird der westdeutsche Imperialismus sich nicht zufrieden geben. Auch er träumt von der Herrschaft über Europa. Indem die Supermächte diese wilde militaristische Macht in ihren Expansionsbestrebungen verstärken, haben sie Spannung und Kriegsgefahr in Europa erhöht.

Ihre Garantien für Frieden und Sicherheit sind nichts als hohle Phrasen.

Unruhe breitet sich in Helsinki aus

Das bleibt auch den Teilnehmern der Konferenz in Helsinki nicht verborgen. Immer mehr breitet sich unter den verschiedenen Teilnehmern Unruhe über die Pläne der Supermächte aus. So haben Österreich und Jugoslavien gefordert, das Nahost-Problem in die Konferenz mit einzubeziehen. Die USA und die SU können nicht verdecken, daß sie dort ein übles Spiel gegen das palästinensische Volk treiben. Auch dort begründen sie ihre Anwesenheit damit, Frieden stiften zu wollen. Gemeinsam verhindern sie aber, daß das palästinensische Volk in einem gerechten Krieg gegen seine zionistischen Unterdrücker für Frieden sorgt.

Die Regierung von Malta hat auf der Konferenz die Teilnahme der arabischen Mittelmeeranlieger gefordert. Denn solange am Mittelmeer sowjetische und amerikanische Marinestützpunkte bestehen, solange die Flotten der Supermächte auf dem Mittelmeer kreuzen und Unruhe stiften, kann es keine Sicherheit in Europa geben.

Die Völker Europas aber wollen wirkliche Sicherheit. Sie wollen frei sein von Knechtung und Unterdrückung. In einem Memorandum an die Republik Finnland betonte die Volksrepublik Albanien, daß "die wahre Sicherheit in Europa nicht durch Konferenzen erreicht werden kann, die von den zwei Supermächten angeregt und organisiert werden."

'Zeri i Popullit' zum Nixon - Breshnew - Gipfel

Zu Beginn der Gespräche zwischen Nixon und Breshnew sendete Radio Tirana einen Artikel der albanischen Zeitung "Zeri i Popullit", der sich mit den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten beschäftigt.

Es heißt darin unter anderem:

"Breshnew fuhr in die USA als ein Geschäftsmann, der die wichtigsten Reichtümer seines Landes dem Imperialismus zur öffentlichen Versteigerung anbot... Es ist jedoch eine Tatsache, daß die revisionistische Clique, die jetzt im Kreml herrscht, die Sowjetunion marshalliert, d.h. Zustände schafft, wie der Marshall-Plan, den amerikanischen Imperialisten und Monopolisten das Land stückweise verkauft und die sowjetischen Reichtümer und Bodenschätze stückweise unter die Kontrolle der Trusts von Texas, Chikago und Kalifornien ausliefert.

Es gibt Leute, die behaupten, die SU sei ein großer Staat, der ohne Angst soviel Kredit wie er will, beziehen kann. Diese Annahme ist sowohl falsch wie auch naiv. Die Geschichte des amerikanischen Imperialismus bewies und seine tägliche Tätigkeit beweist es, daß er keinen Groschen gibt, ohne daß er nicht das Pfandrecht auf den Grund und Boden erhält. Dies geschieht auch jetzt mit Sibirien, das durch das massenhafte Zuwandern der Yankee-Kapitalien und der breitangelegten Pläne für die massive Ausbeutung seiner Bodenschätze durch die Übersee-Trusts alle Voraussetzungen besitzt, zu einem amerikanischen Protektorat zu werden.

Die Breshnew-Clique billigt dies, weil sie es darauf abgesehen hat, China doppelt einzukreisen, zum einen durch die eigene Armee, die sie seit langem an der sowjetisch-chinesischen Grenze konzentriert hat, zum andern durch die Amerikaner, die in Sibirien Fuß fassen und ihre Klauen dort festkrallen.

Die Vergangenheit und die Gegenwart des amerikanischen Imperialismus zeigen, daß er dort, wo er Kapitalien anlegt, Militärstützpunkte zum Schutz seines Vermögens anlegt...

Es liegt auf der Hand, daß die Breshnew-Clique glaubt, wenn sie Zugeständnisse macht, und ihnen unbeschränkte Möglichkeiten zur Investition von Milliarden Dollar in ihrem Land einräumt, daß sie selbst ziemlich rückschrittlich gelassen haben, daß es dann möglich sein wird, die technologische Rückständigkeit der SU zu überwinden und zum ebenbürtigen Konkurrenten und Rvialen auf dem kapitalistischen Weltmarkt werden zu können. Gleichzeitig wiegt sich Breshnew in dem Glauben, daß er, wenn er das ausländische Kapital im "zivilen" Wirtschaftssektor investiert, die eigenen nationalen Kapitalien in jenen Zweigen anlegen kann, die hauptsächlich mit der Entwicklung der Rüstungsindustrie in Verbindung stehen...

Selbstverständlich darf man nicht annehmen, daß es den US-Imperialisten egal ist, welchen Einfluß ihre Investitionen auf das Kräfteverhältnis der beiden Länder ausüben werden, sowie auf das Entstehen einer Situation, die eine Entwicklung der Waffen in gewissem Maße begünstigt. Diese Nachteile kennt er. Er berechnet aber auch die Bedeutung seiner Infiltration in der SU, in der sowjetischen Wirtschaft und im ganzen Leben des Landes, er berechnet die Entartung, die der massenhafte Einfluß der Kapitalinvestitionen in der SU verursacht. Er wird unbedingt zu einer Schwächung und Zerstörung der Verteidigungsmacht der SU führen.

Wird die Sowjetunion, die eine alte revolutionäre und patriotische Tradition aus der Zeit der Oktoberrevolution, aus Lenins und Stalins Zeiten besitzt, es zulassen, daß eine entartete Clique das Land an den amerikanischen Imperialismus verkauft? Werden etwa das russische Volk und die andren Völker der Sowjetunion mit gebundenen Händen dastehen, wenn sie sehen, daß jene Konzessionäre und ausländischen Wucherer, die 1917 mit dem Zarismus gestürzt wurden, daß jene Magnaten aus New York, London, Tokio, Berlin und Paris, die zusammen mit der ausländischen Intervention zerschmettert wurden, daß jene unersättlichen Bankiers der westlichen Metropolen, die die Hungerblockade und den Cordon sanitaire gegen Sowjetrussland errichteten, jetzt mit dem Spazierstock und in aller Ruhe in die Werke und Baustellen zurückkommen, aus denen sie vor 56 Jahren vertrieben wurden? Es ist unmöglich, daß in der Sowjetarmee, im sowjetischen Volk der Haß gegen diese Blutsauger und unersättlichen Wölfe, die jahrzehntelang das Blut des russischen Volkes saugten und es ausbeuteten, versiegt ist..."

Grundvertrag– Geld aus der DDR

(Korrespondenz) 1946 saßen in Nürnberg auf der Anklagebank die Spitzen des deutsche Monopolkapitals. Diese Konzerne sind heute wieder die Herren Westdeutschlands. Nach 1945 wurde in der SBZ sämtliches Eigentum dieser Kriegsverbrecherkonzerne in Volkseigentum überführt. Ebenso erging es den mit den Stahlkönigen und Kanonenbaronen eng versippten Junkern.

Seither führen die westdeutschen Monopolgesellschaften in ihren Geschäftsbüchern "Ostwerte" auf. Zusammengezählt erhebt das westdeutsche Monopolkapital Anspruch auf ca. 1 000 Betriebe in der DDR, Polen, der CSSR und der Sowjetunion. Und in den Jahresberichten der Vorstände heißt es: "daß die Liquidierung (der Ostwerte) erst mit der Wiedervereinigung abgeschlossen werden kann." (IG Farben)

Die D"K"P behauptet nun: Die CDU ist die Partei der Großkonzerne, die SPD aber ist vernünftig und will den Frieden mit der DDR.

"Bundesbürger (gemeint ist das Großkapital), die Vermögen in der DDR besitzen, können hoffen. Wenn der Grundvertrag ratifiziert ist, soll eine Kommission, die von Wirtschaftsminister Friedrichs eingesetzt worden ist, voraussichtlich Mitte 1973 mit den Ostdeutschen über die 'Transferierung des laufenden nichtkomerziellen Zahlungsverkehrs und der Konten" sprechen. Erträge aus der Vermietung eines Hauses etwa, bislang auf Sperrkonten so gut wie unerreichbar, würden in Zukunft frei in die Bundesrepublik überwiesen werden können." (Capital 3/73, S. 16 unter der Überschrift: "Geld aus der DDR")

In der Tat! "Friedens-Willy" ist sehr vernünftig. Hinter seinem demagogischen Widerspruch zur CDU-Politik, verbirgt sich genau das gleiche Ziel: eine Wiedervereinigung von Krupps und Thyssens Gnaden - die Annexion der DDR.



„Selbstverständlich ist der Genosse Honecker gern zu weiteren Zugeständnissen bei den Berlin-Verhandlungen bereit!"

VR Albanien: Konsequent für wahre Sicherheit

Von Anfang an hat die VR Albanien konsequent die Teilnahme an dem imperialistischen Schacher der Supermächte abgelehnt. In einer Denkschrift erklärte die albanische Regierung schon 1972:"Es ist für alle Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblöcke in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent einzusetzen, damit alle fremden Truppen und Militärstützpunkte aus ihren Gebieten abgezogen werden und ihre Anstrengungen mit dem Kampf der anderen Völker der Welt um Frieden und Sicherheit zu vereinigen."

Nur der vereinte Kampf der Völker gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus garantiert Sicherheit und Frieden in Europa. Auch das deutsche Volk muß dazu beitragen. Unsere Aufgabe ist es, ganz besonders wachsam zu sein, die Komplotte des westdeutschen Imperialismus mit den Supermächten zu entlarven und seinen kriegslüsternen Machenschaften ein Ende zu setzen.

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 3607
Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert)
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg.
Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfg. Abonnemant 25,-DM für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Betriebsversammlung bei Gelsenberg

Eine Kollegin prangert den Imperialismus an

Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, daß VEBA Gelsenberg aufkaufen will, daß Gelsenberg ein Teil des geplanten westdeutschen Erdölgroßkonzerns werden soll.

Was heißt das für uns, fragten sich die Kollegen, die zur Betriebsversammlung kamen. Der Betriebsrat hatte für den Aufkauf ganze zwei Sätze übrig. Der Vorstandssprecher begrüßte dafür in einem längeren Beitrag die Hilfe der Bundesregierung. Anschließend schien kein Kollege den Mut zu finden, in der Aussprache auf das brisante Thema einzugehen.

Kein Wunder bei Gelsenberg: Hier wurde die Zeche stillgelegt, der Betrieb durchrationalisiert und die halbe Belegschaft entlassen. Bei den Entlassungen, Frührenten usw. hatte man natürlich ganz besonders jene Kollegen ausgesucht, die fortschrittlich und kämpferisch aufgetreten waren, insbesonders die Kommunisten. Daneben ist die Belegschaft überaltert, und wer kann im Kohlenpott noch mit 50 eine Stelle finden?

Da geht eine junge Kollegin vor. Ein bißchen blaß ist sie, aber dann fängt sie an. Kurz geht sie auf die Tariffragen ein. Bei der Teuerung gibt es kein Stillhalten für uns, wir müssen die Sache in die eigenen Hände nehmen, wie die Kollegen von BASF, sagt sie. Und dann kommt sie zum Thema, Zusammenlegung VEBA-Gelsenberg:

Sie fordert eine Stellungnahme des Betriebsrats dazu: "Es heißt, daß 600 Kollegen in den nächsten Jahren der Rationalisierung zum Opfer fallen sollen, und wie soll das jetzt nach der Zusammenlegung aussehen? Sollen es dann noch mehr sein? Hier im Ruhrgebiet - und besonders bei Gelsenberg - wissen wir doch genau, was Konzentration des Kapitals, was Monopolisierung bedeutet: Rationalisierung auf Kosten der Kollegen. Wir haben ja gerade hier in Gelsenkirchen erlebt, wie Konzentration und Stillegung Hand in Hand geht. Rheinstahl hat den Schalker Verein geschluckt, jetzt schluckt Thyssen Rheinstahl mitsamt Schalker Verein. Was passiert? Der Hochofen im Schalker Verein wird stillgelegt!

Dann kommt die Kollegin zu einem Punkt, der Vorstand und Betriebsrat nervös auf den Stühlen herumrutschen läßt: Die meisten Kollegen im Saal erinnern sich noch an die Entwicklung vor und nach dem 2. Weltkrieg. Haben nicht damals Monopolgiganten die gesamte deutsche Wirtschaft und Politik beherrscht - z.B. die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke? Sind nicht die Herren Krupp und Thyssen usw. nach dem Krieg als Kriegsverbrecher gebrandmarkt worden? Haben sich die heutigen Monopolherren geändert? Was heißt denn westdeutscher Erdölgroßkonzern? - Kampf ums Öl, Eintritt in das gefährliche Ringen der internationalen Ölgiganten.

Beifall im Saal und Spannung. Wie werden Vorstand und Betriebsrat auf die Rede reagieren. Sie reagieren zunächst gar nicht. Ein Bezirkssekretär der Gewerkschaft muß einspringen. Dann hat sich der Betriebsrat wieder gefangen. Mit einem Trick zieht er sich aus der Schlinge. Er bedankt sich bei der Kollegin: "Sie haben den Kern der Sache getroffen, Sie haben uns Männer hier im Saal alle beschämt" usw. Aber auf das Thema ging er nicht ein.

Trotzdem: Mancher Kollege hat sicher deutlich gesehen, daß die wachsende Größe und Macht des westdeutschen Kapitals nicht nur die Arbeitsplätze gefährdet. Gleichzeitig schärfen sie - genau wie vor dem 2. Weltkrieg - ihre Waffe, den Staat, zum Kampf nach außen und innen. Und wie damals gibt es auch heute nur eine Kraft, die den Weg in Massenelend und Krieg verhindern kann: das revolutionäre Proletariat.



Liebe Genossen!

Wenn wir jetzt gegen den Lohnraub und die Teuerung kämpfen, ist es für uns am wichtigsten, die Arbeiter in den Betrieben zu mobilisieren. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die anderen arbeitenden Menschen werden auf unverschämte Weise vom Kapital ausgenommen wie die goldenen Hühner.

Nach den Arbeitern gleich am schärfsten die Bauern. Die Preistreiber wollen uns recht gerne gegeneinander ausspielen, Indem sie die hohen Lebensmittelpreise den Bauern in die Schuhe schieben. Das ist aber alles Lüge.

Folgendes Beispiel: An Fronleichnam ist in katholi-schen Gegenden Feiertag, also überwiegend auf dem Land, bei uns in Nürnberg müssen wir aber arbeiten. Gleich gegenüber den Triumph-Werken Nürnberg liegt ein großes Einkaufszentrum der Quelle, dort gehen wir oft über Mittag hin. Am Tag vor Fronleichnam kostet dort beispielsweise ein Hemd"Sonderangebot" 7,50 DM. An Fronleichnam, wo vorwiegend Bauern aus der Umgebung zum Einkauf kommen, immer noch "Sonderangebot", immer noch das gleiche Hemd - 9,50 DM. Schickedanz rechnet klar, die dummen Bauern können die Preise nicht vergleichen, die kaufen den Quelle-Ramsch auch so. Wir waren dieses Jahr überhaupt nicht darauf vorbereitet. Zwar haben wir im Werk bei der Arbeit viel darüber diskutiert, und die meisten Kollegen prangerten diese unverschämte Weise der Preistreiberei an. Sie sagten "So schmieren sie die Bauern aus, uns geht es genauso, eben wo wir nicht durchblicken." Jedenfalls haben wir uns vorgenommen, dem Herrn Schickdanz nächstes Jahr das Geschäft zu versalzen. Wir werden die Bauern aufklären. Damit leisten wir auch einen Beitrag das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu schaffen.

Rot Front!
Genossen des ROTEN ADLERS

VEBA-Fusion
Öl für Weltmachtspläne

"Mehr Stahl für mehr Waffen" so hiess der Artikel im ROTEN MORGEN Nr. 8/73 zur Fusion der Konzerngiganten Rheinstahl und Thyssen. Wir zeigten, wie der Zusammenschluss des Kapitals für die Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus in alle Welt immer dringender wird, wie der verschärfte Konkurrenzkampf um Macht und Märkte die Konzentration seiner Kräfte erfordert. Keine 3 Monate später wurde jetzt ein weiterer Konzernzusammenschluss bekannt:

Der VEBA-Konzern kauft von der RWE (Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke) deren 4%-ige Beteiligung am Chemie-Öl-Konzern Gelsenberg. Damit erhält die VEBA nicht nur den bestimmenden Anteil an beiden Konzernen, RWE und Gelsenberg, zum VEBA-Anteil an der ARAL-AG (28%) kommen noch die 28% Anteile Gelsenbergs an der ARAL-AG, womit auch die ARAL-AG geschluckt wäre. Zusätzlich ist geplant der Einkauf der Wintershall AG von BASF, von UK Wesseling und des Öl-Teils der Saarbergwerke. Fest steht bereits der Aufkauf der westdeutschen Anlagen der Gulf Oil Company, die der Hauptfinanzier der portugiesischen Kolonialkriege in Afrika ist, Fanal und Frisia. Jede dieser Kapitalien bringt einen weiteren Anhang von Beteiligungen und Schwester-Tochter-Firmen mit sich, Allein der Zusammenschluss von VEBA, Gelsenberg und UK Wesseling hätte ein Umsatzvolumen von 16 - 18 Milliarden DM und stände damit an 2. Stelle nach dem VW-Werk und würde 75 000 Arbeiter und Angestellte allein in Deutschland beschäftigen.

Was der Öl-Koloss für die 75 000 Arbeiter und Angestellte und alle anderen Werktätigen in unserem Land bringt, zeigen folgende Tatsachen:

Der Bonner Staat hilft auch hier bei der Schaffung neuer Superprofite ganz entschieden mit. Bis zu 1,5 Milliarden DM Steuergelder will die Bundesregierung für den Konzernzusammenschluss in Aktionärstaschen pumpen. Der Staat, der selbst den Großteil der VEBA besitzt, übernimmt aber mit dem Konzernzusammenschluss noch andere Aufgaben, als Subventionsprofite den Kapitalisten zu verschaffen. Die neue Ölgesellschaft soll den Großmachtsplänen des westdeutschen Imperialismus auf dem Öl- und Energie-Gebiet weiter auf die Sprünge helfen.

Eine entscheidende Starthilfe fand schon 1969 statt in der staatlich gegründeten und finanzierten Deutschen Erdölversorgungs-GmbH DEMINEX. In ihr haben neben Bonn auch alle größeren deutschen Erdölfirmen Anteile. Diese Gesellschaft soll die Suche nach dem schwarzen Gold rund um den Erdball für den westdeutschen Imperialismus erleichtern, und für die Konzerne über die Staatshilfe verbilligen. Immer wieder jammerten die Öl-Konzerne: Die DEMINEX sei viel zu klein. Sicher, denn wo sie auch auf Öl-Suche geht, ist die Konkurrenz USA, SU Japan, England usw. schon kräftig am Pumpen. Der Zusammenschluss VEBA-Gelsenberg dient daher auch klar zur Stärkung der DEMINEX, zum verstärkten Eindringen in die Einflußphären anderer Imperialisten.

Vor allem aber ist es nicht die Konkurrenz, was den Öl-Kapitalisten Angst einjagt, sondern die Tatsache, daß immer mehr Staaten und Völker ihre Bodenschätze selbst ausbeuten und verwerten.

So schreibt die Frankfurter Rundschau vom 20.6. zur sich verschlechternden Lage der Öl-Konzerne:

"Mit der Entstehung der OPEC, der Organisation Petroleumexportierender Länder (arabische Staaten und Iran -RM) und ihrem allmählich immer festeren Zusammenschluss hat das koloniale Zeitalter auch im Mineralölgeschäft sein Ende gefunden. Heute müssen sich die Konzerne bereit finden, wenn sie Bohrkonzessionen nutzen wollen, den Staat, in dem sie arbeiten unmittelbar zu beteiligen. Kaum ein Land (gemeint sind die unterentwickelten Länder) ist mehr bereit, sich mit Förderzinsen und Steuern zufrieden zu geben. Manche verlangen sogar die unmittelbare Verfügungsgewalt über einen Teil des geförderten Öls."

Die Gelsenberg AG beispielsweise sieht ihre Ausbeutung der libyschen Ölfelder ständig durch die fortschrittliche Regierung Ghadafi gedrosselt, die den imperialistischen Raubzügen einen Riegel vorschiebt. Ein anderes Beispiel: Der Schah von Persien gründete eine Ölgesellschaft, die NIOC, und stellte in seinen Verhandlungen mit Brandt vor 18 Monaten folgende Bedingungen: Er werde die Preisfront der OPEC-Länder durchbrechen und mit Bonn einen Seperatvertrag abschliessen, wenn er dafür eine Beteiligung an westdeutschen Raffinerien und sogar am westdeutschen Tankstellennetz erhält. Er erhält sie.

Der Widerstand der kleineren erdölproduzierenden Länder geht von gemeinsamen Preiserhöhungen bis zur Enteignung und Beteiligung an den Profiten, auf jeden Fall zu Kosten der bisherigen Superprofite der weltumspannenden imperialistischen Erdölmonopole. Daher nannte auch die Regierung das Ziel des VEBA-Zusammenschlusses beim Namen: Der Sinn liege darin, "ein deutsches Mineralölunternehmen zu schaffen, das am Mineralölmarkt als potenter Käufer auftreten kann." Und wie Finanzminister Schmidt weiter erläuterte: Ein solcher Konzern würde die Verhandlungen mit den "auf Staatshandel getrimmten Förderländer" erleichtern.

Neben diesen Versuchen, die Unabhängigkeitspolitik der Erdölländer mit Erpressung zu begegnen, ist die "Elefantenhoheit" VEBA-Gelsenberg noch auf dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz der internationalen Monopole zu sehen! Diese Konkurrenz verschärft sich, je mehr der Weltmarkt durch den Vormarsch der Revolution und Unabhängigkeitsbewegung eingeengt wird! Der US-Weltgendarm hat darunter besonders zu leiden und er versucht natürlich auch sich an seinen Konkurrenten schadlos zu halten. So kauften US-Öl-Magnaten vor kurzem alles Erdöl auf dem Rotterdamer Markt auf, was eine Verdreifachung der Preise für die europäischen Ölkäufer zur Folge hatte. Die US-Ölindustrie, von der allein 4 Firmen 160 Milliarden Umsatz haben (VEBA-Gelsenberg 16 Milliarden), wird ihre Vormachtstellung bis aufs Messer verteidigen. Die Schaffung eines "nationalen" westdeutschen Großkonzerns dient also auch den Selbständigkeitsbestrebungen der Großmacht BRD gegenüber den USA.

Was sind also die Folgen dieser Politik?

1,5 Millionen DM Steuergelder als Beilage für den Zusammenschluss.

Ruinierung kleinerer Unternehmen und damit Entlassung von Arbeitern.

Rationalisierung im Konzern selbst: So lässt die ARAL-AG in diesem Jahr 300 Tankstellen schliessen (1972: 240), bis 1978 werden 1000 stillgelegt.

Weitere Subventionierung der Öl-Konzernherren über Vater Staat. So wurde unter dem Mantel "Umweltschutz" ab 1.1.72 ein Gesetz zur Verringerung des Bleigehalts im Benzin wirksam. Folge:Viele Autofahrer müssen von Normalbenzin auf das teure Super umsteigen, was ebenfalls Profite bringt. Man kann sicher sein, daß die zweimaligen Steuererhöhungen - vom März 72 und Juli 73 - nicht zum Ausbau von Nahverkehrsmitteln oder zur Entwicklung von Abgasverbrennern benutzt werden, sondern wieder in die Tasche der Konzernherren fliessen.

Schliesslich zeigt uns das Beispiel der USA, was durch diese Konzentrationsbewegung auf uns zukommt. Wenn heute in USA Arbeiterfamilien den Wochenendausflug wegen Benzinmangel fallen lassen müssen, so verdanken sie das der planmässigen Benzinverknappung einer Handvoll Öl-Monopole. Damit wollen diese zum einen die schwächere Konkurrenz und die "Unabhängigen" ruinieren, zum anderen dient diese Maßnahme zur Entfesselung einer nationalen Hysterie. Die "Energiekrise", die Katastrophe stillgelegter Fabriken, das Bild von Massenentlassungen und eisiger Kälte über Amerika wird Tag für Tag an die Wand gemalt. Das ist nichts anderes als die psychologische Vorbereitung des amerikanischen Volkes auf neue Aggressionskriege gegen erdölreiche Länder. Und nichts anderes wird auch beim großangelegten Vorstoß der BRD-Imperialisten ins Ölgeschäft geplant. Denn: Die riesigen Kapitalkonzentrationen sind die ökonomische Grundlage für die wachsende Aggressivität des westdeutschen Imperialismus in seinem Kampf um seinen Platz an der Sonne.

Fortsetzung von Seite 1

...der Kampf bei Bänninger

Die beiden kommunistischen Betriebsräte erteilen den Angriffen, die auf der Betriebsversammlung gegen sie vorgebracht werden, den entsprechenden Gegenschlag. Das "Angebot" wird als Almosen entlarvt. Die Entschuldigung des Bonzen: im Januar konnten wir die Teuerung nicht voraussehen! als übler Verrat angeprangert. Die Preistreiberei wird als Ergebnis der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft auf dem Rücken der Kollegen dargestellt und die Notwendigkeit der Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems bewiesen.
Als ein Kollege, die Revolution als blutige Geburt, die neues Leben schafft, propagiert, versucht Vetriebsratsvorsitzender Kronenberg verzweifelt, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Er preist das bürgerliche Wahlsystem. Die Antwort der Kollegen: eisiges Schweigen.
Die kommunistischen Betriebsräte entlarven jetzt erst recht die ganze Lüge von der Demokratie in diesem Staat - vor das BVG, mit dessen Hilfe sie jetzt aus dem Betrieb hinausgesäubert werden sollen.
Das BVG ist die Knute der Kapitalisten im Betrieb, die die Arbeiterklasse politisch entrechten und ihre Organisierung und Betätigung in ihrer Partei, der revolutionären, kommunistischen Partei verhindern soll.
Die Kollegen lauschen diesen Ausführungen mit nie gekannter Spannung. Man hätte eine Stecknadel fallen hören können.
Die Spannung löst sich in begeistertem Beifall.
Jetzt hat sich gezeigt, auf welcher Seite die Massen stehen und welchen Führern sie folgen.
Das Ergebnis zeigt sich ganz konkret
kämpferische V-Leute fordern noch am Abend auf einer Sitzung die Teilnahme des kommunistischen Betriebsrats Leicht, der bisher wegen "gewerkschaftsschädigendem Verhalten" ausgeschlossen war. 7 Stimmen gegen seine Teilnahme, 6 dafür. 12 Enthaltungen sind das Ergebnis der Abstimmung. Auf der Sitzung selbst werden die Bonzen scharf angegriffen.
Die Pläne der Kommunisten, zusammen mit diesen kämpferischen Kollegen einen weiteren Streik zu organisieren, können noch einmal von den Revisionisten zusammen mit dem reaktionären Kern des V-Leutekörpers verhindert werden. Aber der Druck der fortschrittlichen V-Leute, der kampfbereiten Kollegen insgesamt, hat erreicht, daß auch die reaktionäre Clique im Betriebsrat so weit in die Enge gedrängt wurde, daß sie keine Mehrheit für die Zustimmung für die außerordentliche Kündigung der kommunistischen Betriebsräte zustande brachte. Obwohl die oppsitionelle: Liste 2 bei der Abstimmung nur noch zwei Mitglieder hatte- die betroffenen Betriebsräte dürfen nicht mit abstimmen - waren schließlich 8 von 15 Betriebsräten gegen die Entlassung.
Trotzdem ist der Kampf gegen die Entlassungen nicht zu Ende. Die Kollegen wollen weitermarschieren. Die Forderungen stehen klar:

60 Pfg. MEHR UND KEINEN PFENNIG WENIGER!
GEGEN DEN TERROR UND DIE BESPITZELUNG!
BEDINGUNGSLOSE ZURUCKNAHME DER ENTLAUSSUNGEN!

Der Streik steht weiter auf der Tagesordnung.

Lehren aus dem Streik

EIN VERTRETER DER BETRIEBSZELLE SAGTE UNS:
"Die entscheidende Lehre aus dem Kampf ist für uns: Was die Kommunisten, die Partei, in den Massen verankert, was sie schützt, ist offensives Auftreten. Die beiden Betriebsräte haben bisher als Kommunisten auf der Liste 2 gearbeitet. Sie haben auf der Betriebsversammlung offen als Kommunisten die Ursachen aufgezeigt und den Ausweg gewiesen.
Die zweite wichtige Lehre ist, daß wir als Kommunisten in den bestehenden Organen und Organisationen der Gewerkschäften arbeiten müssen. Das hat die Tatsache der Fraktionierung im V-Leutekörper und im Betriebsrat gezeigt.
Noch eine Korrektur zum Artikel im letzten Roten Morgen: die Betriebszelle hatte für Montag, nicht für Freitag, zum Streik aufgerufen. So sagten auch viele Kollegen: was heute schon? Es soll doch erst Montag losgehen.
Daß der Streik schoo am Freitag begann, ist ein Störmanöver ähnlich dem Streiktermin am Mittwoch."

Denunzianten

K o r r e s p o n d e n z . Vor dem 1. Mai erschien in der Stadtteilzeitung der D"K"P von Idar-Oberstein folgender Artikel:

schmierfinken unterwegs

Einblick:
in Idar-Oberstein gibt es eine Maoistengruppe, die von Zeit zu Zeit auszieht um an Privathäusern unter Zuhilfenahme von schwerlösbarem Klebstoff Plakate und Wandzeitungen anzubringen.
Diese Gruppe hat sich als Spezialfeind nicht etwa das Großkapital ausgesucht, sondern die DKP und die Gewerkschaften.
Es sind dieselben Leute, deren Gesinnungsfreunde am Dienstag dem 10. April 1973 in Bonn das Rathaus stürmten und einen Sachschaden von über einer halben Million DM anrichteten.
Ihre Aktionen-wie Häuser beschmieren, Plakate ankleben u.ä. führen sie meist im Schutze der Dunkelheit aus und ihre Schriften mit denen sie gegen alle Demokraten zu Felde ziehen sind anonym, selten, daß einmal eine Postfachadresse darauf zu finden ist.
Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit.
Sie sind zu feige ihre Namen darunter zu setzen.
Wir Kommunisten stellen Ihnen deshalb einige der Hauptdratzieher der Idar-Obersteiner Gruppe mit vollem Namen und Adresse vor, um sie einmal dem Dunkel der Anonymität zu entreißen.

Es folgen die Namen von fünf Genossen.

Bei den im Artikel erwähnten Plakaten handelt es sich um Mai-Plakate der "KPD". Die D"K"P hatte Aufkleber mit Namen gedruckt und damit die Plakate überklebt. Außerdem erschien dieser Artikel in ihrer Stadtteilzeitung. Von den genannten Genossen sind vier werktätig. Einer war vorher schon entlassen worden, weil er ein unbequemer Jugendvertreter war. Er fand dann Arbeit bei der Post, die ihn wegen dieser Denunziation sofort wieder entließ.

Die D"K"P in Idar-Oberstein besteht zum großen Teil aus Kleingewerbetreibenden, die ihre Häuser mit D"K"P-Plakaten schmücken.
Sie haben eine "außerparlamentarische Stadtratsfraktion" und geben in ihrer Zeitung immer die Namen von x-Mitgliedern an, die nach und nach ihre Pöstchen bekommen. Vor wem sollten sie die auch verbergen?

– Anzeige –

NEU ERSCHIENEN !

Kampf der Klassen -justiz
Den Gerichtssaal als Tribüne des Klassenkampfes benutzen

Dokumentation
Zum Prozess gegen Ernst Aust Vorsitzender der KPD/ML

Preis 1,80 DM

KPD/ML
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN



Breshnew-Besuch in Bonn
Kampf der politischen Unterdruckung!
Preis 1,50 DM (incl. Postgebühr)

Beide Broschüren sind zu bestellen bei:

GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

2 000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheck Hmb 1935 72 - 207

Fluglotsen:

Die neuen Prügelknaben

Schon über sechs Wochen dauert der Dienst nach Vorschrift, mit dem die Fluglotsen ihre berechtigten Forderungen durchsetzen wollen. Diese Forderungen sind erst in zweiter Linie finanzieller Art, an erster Stelle steht dabei die Sicherheit des Luftverkehrs.

Die Fluglotsen haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kontrolltürme hoffnungslos unterbesetzt sind, daß der Bestand um mindestens 30% erhöht werden müßte, daß die Intensität der Arbeit eine korrekte Flugsicherung gar nicht zuläßt und daß es deshalb oft gerade noch an der Katastrophe vorbeigeht. Die Lotsen wiesen auf den Wirrwarr von zivilen und militärischen Kompetenzen hin, der eine korrekte Flugsicherung unmöglich macht. Nach jahrelangen Bemühungen der Fluglotsen hat sich aber an diesem "Sicherheitsstandard" nichts geändert. Auch frühere Aktionen "Dienst nach Vorschrift" haben nichts gefruchtet. Diesmal haben die Fluglotsen ihre Kampfmaßnahmen durch Fernbleiben vom Dienst (Krankmeldungen) verschärft. Sie haben den Wert der Vorschriften, nach denen sie arbeiten müssen, und die verbrecherische Vernachlässigung der Flugsicherheit durch die Bundesregierung für jedermann erkennbar entlarvt.

Der "Bummelstreik" der Fluglotsen ist in Wirklichkeit ein Kampf um die nicht vorhandene Flugsicherheit. Sie handeln nicht nur im eigenen, sondern im Interesse aller am Flugverkehr Beteiligten.

Die Bundesregierung jedoch möchte diese Tatsache in ihr Gegenteil umkehren. Ihre Schuld an der fehlenden Flugsicherheit möchte sie den Fluglotsen in die Schuhe schieben. Statt auch nur eine der berechtigten Forderungen der Fluglotsen anzuerkennen, übt sie blanken Terror. Sie suspendiert Fluglotsen vom Dienst, schließt Flughäfen und droht mit gerichtlichen Schadenersatzforderungen. In Presse, Funk und Fernsehen kommen rührselige Berichte von der "Qual der Flugpassagiere", die in der Hitze auf Flughäfen und in abgestellten Flugzeugen ohnmächtig zusammenbrechen. Die Fluglotsen versauen angeblich "tausenden Unschuldigen" den Urlaub. Sie sind angeblich Terroristen und ihre Aktionen seien nichts anderes als Geiselnahme. Der Verkehrsminister stellt ihnen ein Ultimatum und "unbekannte Personen" lancieren Namen und Adressen der Fluglotsen unter die aufgehetzten Passagiere, um Lynchjustiz hervorzurufen.



...und dann ziehn wir mit Gesang in das nächste Restaurang ..."
WAZ-Zeichnung: Klaus Pielert

Beispiel: Hetzkarikatur der WAZ

Warum das alles? Weil die Fluglotsen Beamte sind, einem besonderen Stand angehören, der durch den Beamteneid auf bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem Ausbeuterstaat eingeschworen wird. Die Beamten sollen auch die hirnrissigsten Maßnahmen dieses Staates kritiklos durchführen. Genau das aber tun die Fluglotsen nicht. Sie mißachten auf ihrem Gebiet die Gesetze, die sie knechten sollen. Damit kratzen sie an einer Stelle am Bestand dieses Staates. Deshalb wird ihnen kein "Pardon" gegeben. Nicht um die Flugsicherheit geht es der Bundesregierung, sondern um den Bestand ihres Unterdrückungsapparates. Deshalb diffamiert sie die Fluglotsen als Terroristen und Geiselnehmer. Deshalb die Treibjagd in Presse, Funk, Fernsehen und durch Preisgabe der Privatadressen von Fluglotsen. Bezeichnend, daß die Bundesregierung ausgerechnet von den Arbeiterverrätern in Ostberlin Schützenhilfe bekommt, die ihr angeboten haben, Flüge über das Gebiet der DDR und den Flugplatz Berlin-Schönefeld abzuwickeln. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Es geht den Fluglotsen wie den als Chaoten und Politrocker verleumdeten Kommunisten. Ihr Informationsmaterial wird beschlagnahmt, sie werden von der Staatsmacht getreten. Aber sie geben nicht auf. Sie kämpfen für eine gerechte Sache.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Unsere Stellung zur Regierung Allende

Leser des ROTEN MORGEN kritisierten unsere Darstellung der Entwicklung in Chile. Sie fragen, ob nicht vor allem im RM Nr. 25 der antiimperialistische Charakter der Regierung Allende zu kurz gekommen sei und die Machenschaften der einheimischen Agenten des Imperalismus unterschätzt wurden. Wie ist unsere Stellung zu der Entwicklung in Chile?

"Seit Anfang der siebziger Jahre macht sich eine wichtige Tendenz in den internationalen Beziehungen bemerkbar: Eine wachsende Zahl von mittleren und kleineren Ländern einigen sich in verschiedener Weise und bilden eine breite Einheitsfront, treten gegen die Hegemonieansprüche und die Machtpolitik der Supermächte auf, verteidigen ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität, kämpfen für ihre Gleichberechtigung in internationalen Beziehungen. Dies ist ein hervorragendes Merkmal der jetzt so ausgezeichneten Situation, von der es mit Recht heisst: "Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."" (Peking Rundschau 5/72)

Die Regierung Allende kam an die Macht durch den Kampf gegen den Einfluß des US-Imperialismus in Chile. Als Kommunisten begrüßen wir die Politik auch einer bürgerlichen Regierung in vom Imperialismus bedrohten kleinen Staaten, soweit sie den Imperialismus angreift und schwächt.

Die Regierung Allende, die die Interessen der nationalen Bourgeoisie Chiles verkörpert, hat das US-Kapital im Land weitgehend entschädigungslos enteignet, Putschversuche und Sabotageaktionen vereitelt, die von der einheimischen Kompradorenbourgeoisie angezettelt wurden. (Kompradorenbourgeoisie ist derjenige Teil der Bourgeoisie, der an die Herrschaft des Imperialismus gebunden ist).

Daß diese antiimperialistische Politik der Regierung Allende in der Imperialisten-Presse der Deutschen Bundesrepublik gewisses Lob erhält, braucht nicht zu verwundern. Nicht nur, daß die Machenschaften des US-Konzerns ITT gegen die Regierung Allende zu offenkundig wurden, die westdeutschen Imperialisten versuchen selbst in die durch die USA freiwerdende Lücke zu stoßen und dabei die Schwierigkeiten Chiles auszunutzen.

Wie weit aber geht Allendes Antiimperialismus? Die KP China schreibt in ihrer Polemik gegen die Sowjetrevisionisten!

"Mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche und des internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie und vor allem die Großbourgeoisie in manchen jungen unabhängigen Ländern immer mehr auf die Unterstützung von Seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, antikommunistische und konterrevolutionäre Politik. Für die proletarische Partei ist es unerlässlich, entschlossen gegen eine solche reaktionäre Politik aufzutreten.

Allgemein gesprochen hat die Bourgeoisie in diesen Ländern Doppelcharakter. Bildet die Partei des Proletariats eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie, dann muß ihre Politik sowohl auf Einheit wie auch auf Kampf aufgebaut sein. Wo die Bourgeoisie fortschrittliche, antiimperialistische und antifeudale Neigungen zeigt, muß eine Politik der Einheit mit ihr eingeschlagen werden; gegen ihre reaktionären Tendenzen, mit dem Imperialismus und den Kräften des Feudalismus Kompromisse einzugehen und sich zu verschwören, muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden.

Allendes Widersprüche zur Arbeiterklasse verschärfen sich. Kein Wunder: Die kapitalistische Entwicklung in Chile ist schon weit fortgeschritten. Chile besitzt auch schon relativ lange eine bürgerliche Demokratie; vor allem aber ist die Arbeiterklasse stark entwickelt. Die chilenische Arbeiterbewegung ist aber die konsequenteste Kraft gegen den Imperialismus, da sie unter dem Joch des Imperialismus größter Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen ist. Die Halbherzigkeiten der Regierung Allende in der Bekämpfung der Reaktion stoßen daher auch auf Widerstand in der Arbeiterklasse.

Die Besonderheit Chiles besteht nun darin, daß der Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft - auch gegen die Ausbeutung durch die einheimische Bourgeoisie unter Allende - weit fortgeschritten ist und die proletarische Revolution herannaht.

Um diese proletarische Revolution zu verhindern, verbreitet die bürgerlich-revisionistische Volksfront-Regierung das Märchen, sie würde über die bestehende Demokratie schrittweise und friedlich den Sozialismus, die Arbeitermacht einführen.

Dieser konterrevolutionären Propaganda folgen auch konterrevolutionäre Taten. Sicher, die Kräfte des Imperialismus versuchen, die Unzufriedenehit der chilenischen Minenarbeiter auszunutzen für ihre Zwecke. Aber den Streik von "El Teniente" - und das ist bei weitem nicht die einzige Reaktion auf die Teuerung und politische Unterdrückung - allein als Werk von Arbeiteraristokraten und Provokateuren zu sehen, hieße der bürgerlichen Propaganda aufzusitzen. Tatsache ist, daß die Regierung daran geht, jeden Streik als schädlich zu bezeichnen, jede, von ihr nicht angeführte Demonstration zu verbieten. Diese, konterrevolutionären Angriffe zeigen, daß auch in Chile das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse die bürgerliche Staatsmacht zerschlagen muß.

Die "K"P Chiles versucht, der chilenischen Arbeiterklasse einzureden, die Regierung Allende wäre bereits die Regierung der Arbeiterklasse und jeder Streik, jede Opposition gegen Allende wäre daher ein Schnitt ins eigene Fleisch. Damit versuchen sie, die chilenische Arbeiterbewegung zu einem Anhängsel der nationalen Bourgeoisie zu machen, weiter noch, den konsequenten antiimperialistischen Kampf abzublocken, denn der ginge unter Führung der Arbeiterschaft über die "verfassungsmäßige" bürgerliche Ordnung hinweg.

Auch die D"K"P-Revisionisten trommeln mächtig für "das Beispiel Chile", scheint es ihren Weg des friedlichen Übergangs zum Sozialismus zu bestätigen, und ihre "Mitbestimmungsidee" und die "antimonpolistische" Demokratie" für die Deutsche Bundesrepublik als Meilensteine des friedlichen Weges schmackhaft zu machen.

Die KPD/ML hält es daher für eine besondere Aufgabe, gerade am Beispiel Chiles zu zeigen, daß diese Theorie vom "friedlichen Übergang" die Arbeiterbewegung der Bourgeoisie unterordnen soll und auch den antiimperialistischen Kampf kleiner Staaten großen Schaden zufügt.

Im RM Nr. 25 unterlief uns allerdings ein Fehler. Der antiimperialistische Charakter der Regierung Allende wurde trotz seiner Halbheiten nicht aufgezeigt. Auch die geplante Aufnahme von Militärs in die Regierung ist nicht unbedingt ein Zeichen des Übergangs Allendes zum Imperialismus, wie wir schrieben. Auch im chilenischen Militär gibt es antiimperialistische, bürgerliche Kräfte (von der Bewaffnung der Arbeiterklasse ist allerdings in der "Arbeiter-Regierung" immer noch keine Rede). Auch stellten wir nicht klar genug heraus, daß die Reaktion versucht, die berechtigte Unzufriedenheit des Volkes für ihre Zwecke auszunutzen.

Der Nahe Osten: EINE HARTE NUSS FÜR ALLE IMPERIALISTEN



Die Imperialisten können tun, was sie wollen, es gelingt ihnen nicht, den Nahost-Konflikt zu lösen, wie sie es möchten. Am liebsten hätten sie, wenn die arabischen Staaten auf die von Israel besetzten Gebiete verzichten und vom palästinensichen Volk nicht mehr die Rede ist. Dem letzten Wunsch hat der Kriegshetzer Dajan erst neulich Ausdruck gegeben, als er sagte: "Die arabischen Staaten müssen nach einigen Jahren in der Lage sein, die Flüchtlinge zu integrieren." Dajan und seinesgleichen sprechen bereits von Groß-Israel, nicht offiziell, aber unter der Hand, und sie tun alles, dieses Ziel zu erreichen. Die Golanhöhen in Syrien, der Gaza-Streifen und der Scharm el Scheik auf der Sinai-Halbinsel werden mit israelischen Kolonisten besiedelt. Das soll Israels Stellung als Speerspitze des US-Imperialismus im Nahen Osten stärken. Es soll die amerikanischen Erdölinteressen in diesem Gebiet militärisch und politisch sichern.

Daneben stützt sich der US-Imperialismus auf die reaktionären Könige von Jordanien und Saudi-Arabien, Hussein und Feisal, und die Machthaber der Scheichtümer am persischen Golf, auf deren Gebiet die Erdölquellen liegen und die Erdölleitungen verlaufen.

Diesem Komplott der US-Imperialisten mit Israel und den reaktionären Königen steht vor allem die palästinensische Befreiungsorganisation PLO gegenüber, die es nicht zuläßt, daß das palästinensische Volk nach irgendwo integriert wird, sondern für seine Freiheit und die Bildung eines palästinensischen Staates in seinem angestammten Gebiet in Palästina kämpft.
Der PLO gilt deshalb der ganze Haß der US-Imperialisten, der Israelis und der reaktionären Könige, die nichts unversucht lassen, die PLO zu zerschlagen. Dabei scheren sie sich weder um Völkerrecht noch um Staatsgrenzen. Sie überfallen Stützpunkte der PLO im Libanon und lassen in Paris Bomben gegen Freiheitskämpfer hochgehen. Aber es gelingt ihnen nicht, mehr als zeitweilige Erfolge gegen die PLO zu erringen un oder gar sie zu zerschlagen.

Auf der an Seite der PLO sind die Sympathien der breiten Massen in allen arabischen Ländern. Sie sind entschlossen, das durch Waffengewalt geraubte Gebiet mit Waffengewalt zurückzuholen. Sie widersetzen sich den faulen Kompromißvorschlägen aus allen möglichen imperialistischen Ecken der Welt. Damit stehen sie nicht allein. Weltweit unterstützen alle fortschrittlichen politischen Kräfte den Kampf der arabischen Völker um ihre gerechte Sache. Das drückt sich auch in den Resolutionen des Weltsicherheitsrats aus. Die Solidarität der jungen, vom imperialistischen Joch befreiten Staaten wächst und engt die Bewegungsfreiheit der Imperialisten immer mehr ein.

Daran ändert auch nichts der Verrat der sowjetischen Sozialimperialisten an der arabischen Sache. Es nützt ihnen nichts, daß sie an Ägypten und Syrien nur Verteidigungswaffen liefern, um den "Waffenstillstand", den Zustand "Weder Krieg noch Frieden" im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Es wird auf die Dauer auch nichts nützen, wenn sie sowjetischen Juden immer großzügiger die Auswanderung nach Israel erlauben. Da können Nixon und Breshnew ausgeklügelt haben, was sie wollen. Jedes Komplott der Sozialimperialisten mit den US-Imperialisten und ihren Helfeshelfern wird an der solidarischen Front der arabischen Völker scheitern. Von Zeit zu Zeit mag es den Sozialimperialisten gelingen, die eine oder andere arabische Regierung zum Lavieren zu zwingen, aber seit die sowjetischen "Militärberater" von Präsident Sadat aus dem Land gejagt wurden, fällt es den sowjetischen "Wohltätern" immer schwerer, ihren Einfluß auszuüben.

In letzter Zeit macht allen Imperialisten die für Herbst geplante Arabische Union zwischen Ägypten, Syrien und Lybien zu schaffen. Am liebsten würden sie sie verhindern. Sie fürchten, daß dann der lybische Staatschef Ghadafi den Oberbefehl über die vereinigten Streitkräfte übernehmen und gegen Israel schärfer vorgehen könnte. Ghadafi stützt sich auf eine ziemlich breite Basis im eigenen Volk. Nicht nur, daß er zusammen mit dem korrupten König Idris die anglo-amerikanischen und westdeutschen Imperialisten aus dem Land jagte, er schaffte ziemlich demokratische Verhältnisse an der Basis, was zu einer Volksbewegung der breiten Massen zur Beseitigung der imperialistischen Überfremdung führte. Er bewaffnet jetzt das ganze Volk, um imperialistische Umsturzversuche in seinem Land im Voraus zu vereiteln. Sein Einfluß unter den Massen der übrigen arabischen Länder wächst und er nimmt immer mehr die Stellung eines allarabischen Führers ein.

In der für Mitte Juli angesetzten Fortsetzung der Nahostdebatte im Weltsicherheitsrat werden die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten wieder versuchen, eine für sie günstige "friedliche" Lösung zu erreichen. Aber die arabischen Länder werden ihnen mit der Hilfe aller fortschrittlichen politischen Kräfte in der Welt eine Abfuhr erteilen.

Aus: 'Neues Albanien' Nr. 1/73

ARMEE UND VOLK

"Ich bin Soldat der schwedischen Streitkräfte. Ich möchte gerne etwas über die Albanische Volksarmee wissen. Konkret möchte ich wissen, wie die Beziehungen zwischen Volk und Armee in Albanien hergestellt werden und welches Verhältnis zwischen den einfachen Soldaten und den Offizieren besteht, welche Privilegien die Offiziere genießen und was getan wird, um ihre Absonderung von den Soldaten zu bekämpfen."



Unsere Armee ist die Armee des Volkes. Sie besteht aus Arbeitern, Bauern und Volksintellektuellen. Sie entstand in den Tagen des Nationalen Befreiungskampfes gegen die faschistischen und nazistischen Okkupanten aus dem Schoße des Volkes. Das Volk schuf seine Armee, gab ihr Unterkunft, Nahrung und Kleidung. Die Partisanenarmee, aus der unsere heutige Volksarmee hervorging, befreite Dörfer und Städte und half den Volksmassen, die neue Macht in der Form der Nationalen Befreiungsräte aufzubauen, selbst zu regieren, die Kunst des Regierens zu erlernen.

Die Einheit Volk - Armee spielte im Kampf um die Befreiung des Landes und die Errichtung der Volksmacht eine entscheidende Rolle. Diese Einheit festigte sich nach der Errichtung der Volksmacht, im Kampf für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung, immer mehr.

Bei uns kann man sich die Absonderung der Armee vom Volk, bzw. irgend eine Gruppe zwischen ihnen gar nicht vorstellen. Unsere Armee lebt mit den Problemen des ganzen Volkes und das Volk ist daran interessiert, daß seine Armee gut ausgebildet ist.

Die Soldaten beteiligen sich zusammen mit dem Volk an politischen Aktivitäten, wie an den Wahlen für die Volksversammlung, für die Volksräte der Städte und Dörfer, für die Volksrichter und Schöffen, an den Versammlungen und Kundgebungen bei verschiedenen Festen usw. Offiziere und Soldaten haben nicht nur das Recht zu wählen, sondern auch in alle Organe der Volksmacht gewählt zu werden! Die Armeeverbände nehmen auch an künstlerischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen auf nationaler und lokaler Ebene teil, zusammen mit Jugendlichen, Schülern, Studenten, Arbeitern, Genossenschaftsbauern und Angestellten.

Als man im ganzen Lande für die Elektrizifierung aller Dörfer arbeitete, beteilgten sich Soldaten und Offiziere aktiv an dieser Massenbewegung, um auch in das entlegenste Dorf elektrisches Licht zu tragen. Wenn die Genossenschaftsbauern wegen des schlechten Wetters mit den Bestellungs- und Mäharbeiten im Rückstand sind, eilen sofort Soldaten und Offiziere herbei und helfen tüchtig mit. Nach den Übungen stehen auch sie dann an der Seite der Genossenschaftsbauern auf den Feldern.

In solchen Fällen, sowie überhaupt bei allen Gelegenheiten, in denen Volk und Soldaten für dasselbe Ziel wirken, entstehen und festigen sich natürlich Bekanntschaften, Freundschaften und Liebe.

Die Festigung der Beziehungen zwischen der Armee und dem Volk erfolgt auch durch die Stärkung der Beziehungen zwischen den Offizieren und den Soldaten. Die Offiziere unserer Armee sind Söhne des Volkes. Sie haben gemeinsame Interessen mit den Soldaten. Der Soldat betrachtet den Offizier als seinen Kameraden und Freund, auch die Offiziere sehen im Soldaten ihren Kampfgefährten. In unserer Armee besitzen die Offiziere keinen Dienstgrad. In den Vorschriften unserer Volksarmee ist keine Gefängnisstrafe für Soldaten und Offiziere vorgesehen. Die Offiziere unterscheiden sich



Soldaten und Offiziere unterhalten sich gemeinsam in der Freizeit.

Soldaten und Offiziere üben unter den gleichen Bedingungen.



Solche Bilder gehören zum albanischen Alltag, denn in Albanien ist jeder Bürger ein Soldat und jeder Soldat ein Bürger.

★ ★

von den Soldaten nur durch die Uniform und ihre höhere politische, militärische, schulische und kulturelle Ausbildung. Im allgemeinen führen sie ein gemeinsames Leben mit den Soldaten. Die jungen Offiziere, die keine Waffen tragen und meistens im Militärverband leben, essen zusammen mit den Soldaten. Bei Feldübungen leben die Offiziere wie die Soldaten. Auch wenn sie getrennt essen, wird für sie in der Soldatenküche gekocht: Der Unterschied in der Verpflegung ist also minimal. Die Offiziere nehmen an der Seite der Soldaten an den verschiedenen militärischen und ökonomischen Arbeiten teil. Bei den Übungen gilt die Devise "Macht es wie ich, arbeiten wir zusammen." Bei den Übungen in kleinen Einheiten - Rotte, Zug, Kompanie (Batterie) - erteilen nicht nur die Offiziere der Truppe praktischen und theoretischen Unterricht, sondern auch die Kommando - und Stabsoffiziere. Dies erfolgt, damit die Offiziere den Soldaten stets nahe stehen, ihre Stimme hören, ihre Ansichten, Wünsche und Sorgen kennenlernen. Die Offiziere sieht man stets zusammen mit den Soldaten auch bei verschiedenen kulturellen, künstlerischen und sportlichen Veranstaltungen. Sie wirken in den Kunstgruppen und Sportteams aktiv mit.

Auf den Versammlungen, die über politische und militärische Fragen organisiert werden, äußern die Soldaten, genau wie die Offiziere frei ihre Meinung, sie machen Vorschläge, kritisieren auch die Offiziere, die sich zu den Soldaten nicht korrekt verhalten, sich von ihnen absondern und die Übungen auf geringem theoretischen und praktischen Niveau durchführen. Durch Kritik und Selbstkritik helfen Soldaten und Offiziere einander, die jeweiligen Fehler und Mängel zu erkennen, und stärken so zugleich ihre Handels- und Aktionseinheit.

Dieses aktive Leben, die aufgeschlossenen und kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den Soldaten untereinander bzw. zwischen den Soldaten und Offizieren, bewirken, daß die Soldaten den Militärdienst als eine hohe Pflicht gegenüber Volk und Vaterland betrachten und schöne Erinnerungen darüber bewahren. Viele Jugendliche, die den Militärdienst abgeleistet haben, setzen die Freundschaft, die sie mit den Offizieren ihres Verbandes anknüpften fort, durch Briefe und Besuche, wie enge Freunde und gute Kameraden.

Grussadresse

An das
Zentralkomitee der
Partei der Arbeit Albaniens

Grußbotschaft zum 30. Jahrestag der Gründung der albanischen Volksarmee:

Liebe Genossen!

Zum 30. Jahrestag der Gründung der albanischen Volksarmee senden wir Euch im Namen der KPD/ML die herzlichsten Kampfesgrüße!

Mit der Gründung des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee am 10. Juli 1943 wurde eine neue Etappe im Befreiungskampf des albanischen Volkes eingeleitet, die Etappe des bewaffneten Aufstandes.

Bereits im November 1941 hatte die Kommunistische Partei Albaniens festgestellt, daß unter den konkreten Verhältnissen Albaniens der bewaffnete Aufstand gegen den Faschismus der einzig reale und sichere Weg zur Befreiung des Landes und zur Errichtung einer Volksdemokratie sei.

Zur Durchführung des bewaffneten Aufstandes und zum Sieg über den Faschismus aber war eine Armee des Volkes, geführt von der Partei eine Notwendigkeit.

So wurden die Brigaden und Divisionen der Volksarmee im nationalen Rahmen auf der Grundlage der Vereinigung der Guerilla- und Partisaneneinheiten geschaffen! Unter Führung des Oberkommandierenden Genossen Enver Hoxha besiegte die Nationale Befreiungsarmee während ihrer Generaloffensive von Juni bis Oktober 1944 die faschistischen Okkupanten! Das war der entscheidende Schritt zur Errichtung der Volksdemokratie in Albanien und gleichzeitig ein grossartiger Beitrag des albanischen Volkes am antifaschistischen Kampf der Völker gegen den Hitlerfaschismus.

Das albanische Volk konnte die ausländischen Imperialisten vertreiben und im nationalen Befreiungskrieg die Grundlage für die Errichtung der Diktatur des Proletariats legen, weil die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens sich dabei auf die Volksarmee als Hauptkraft stützte. Die Partei der Arbeit Albaniens hat während des Befreiungskrieges und auch in der Periode der Festigung der Diktatur des Proletariats nie vergessen, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt. Sie hat sich stets danach gerichtet, daß diese Armee eine politische Armee ist, deren Kommandeur die Partei ist! Deshalb hat sie der ideologischen Erziehung der Angehörigen der Armee einerseits, der ideologischen und militärischen Erziehung des gesamten Volkes andererseits stets große Bedeutung beigemessen. Deshalb kann man sagen, daß sie vom Volk als seine eigene Armee angesehen wird. Kein Feind, weder von innen noch von außen, weder mit militärischer Macht noch mit dem Gift des modernen Revisionismus wird die Armee und das ganze albanische Volk besiegen können.

Die ruhmreiche Geschichte der albanischen Volksarmee und ihrer Führerin, der Partei der Arbeit Albaniens, ist eine wichtige Lehre und ein heroisches Beispiel für uns deutsche Kommunisten, bedingungslos an unserem Ziel, dem bewaffneten Umsturz des westdeutschen Imperialismus festzuhalten, die Massen im Geiste der bewaffneten Revolution zu erziehen und zu organisieren! Untrennbar damit verbunden ist unsere Freundschaft mit dem albanischen Volk. Jeder, der versucht, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa zu löschen, wird auch mit dem Widerstand der westdeutschen Arbeiterklasse und seiner Partei rechnen müssen.

ES LEBE DIE RUHMREICHE ALBANISCHE VOLKSARMEE!

ES LEBE DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS MIT GENOSSEN ENVER HOXHA AN DER SPITZE!

ES LEBE DER AKTIVE PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION!

Mit kommunistischen Grüßen

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

i. A. Ernst Aust
1. Vorsitzender

NEUES ALBANIEN
politisch-gesellschaftliche Illustrierte, erscheint alle zwei Monate
Jahresabonnement: 12,-- DM. Einzelhefte: 2,-- DM.

ALBANIEN HEUTE
Albanien heute' ist eine Zeitschrift zur politischen Information.
Sie erscheint zweimonatlich.
Preis des Jahresabonnements: 12,-- DM. (Einzelhefte 2,-- DM).

Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hamburg 19 35 72 - 207

Rote Hilfe tut not ! Schluss mit den Spaltungsversuchen !

Die westdeutschen Imperialisten versuchen verzweifelt, durch Verschärfung der politischen Unterdrückung das Anwachsen der revolutionären Bewegung zu bremsen. Überall, wo sich der Widerstand des Volkes zeigt, versuchen sie ihn durch brutale Maßnahmen zu ersticken wie durch politische Entlassungen, durch Niederknüppeln der Protestaktionen und Demonstrationen

Doch die Imperialisten erreichen im Allgemeinen durch ihren Terror nur das Gegenteil: Teile der Bewegung - die sich am Anfang vielleicht nur gegen einen bestimmten Bodenspekulanten etc. richtete - erkennen deutlicher ihren Feind: den Staat der westdeutschen Imperialisten.

Besonders konzentriert richten sich die Angriffe des Staatsapparats gegen revolutionäre Organisationen, gegen die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML.

Hier lassen die Imperialisten und ihre Lakaien - vor allem die modernen Revisionisten der D"K"P - nichts unversucht, revolutionäre Organisationen und die Kommunistische Partei durch Verleumdungskampagnen, durch Illegalisierung und Kriminalisierung von der Arbeiterklasse und vom Volk zu trennen.

Aus diesem Grund ist es die Verpflichtung aller Revolutionäre in gemeinsamer Front gegen die politische Unterdrückung zu kämpfen. Für die KPD/ML ist es klar, daß auch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zu anderen Organisationen und Genossen niemals die Solidarität mit ihnen beeinflussen dürfen, wenn sie vom Klassenfeind verfolgt werden.

Deshalb war und ist es für unsere Partei keine Frage, daß sie sich mit den Genossen der RAF ("Baader-Meinhoff-Gruppe") solidarisiert, wenn diese mit beispiellosem Terror, der bis zu Mord und Folterungen im Gefängnis (durch Isolierhaft) geht, verfolgt werden. Die Genossen haben auch jetzt wieder durch ihren 7-wöchigen Hungerstreik in den Gefängnissen der gegen die Isolierfolter gerichtet ist - bewiesen, daß ihr Wille zum Widerstand nicht gebrochen werden konnte. Wenn manche Organisationen behaupten, die RAF würde verfolgt, nicht weil sie auf Seiten der Revolution steht, sondern um einen Vorwand zu bieten, andere "Linke" zu kriminalisieren und zu verfolgen, so ist das scheinheilig. Diese Organisationen suchen nur nach einem Vorwand, um sich opportunistisch vor der Solidarität mit anderen vom Klassenfeind verfolgten, zu drücken.

Die KPD/ML ist der Meinung, daß jeder vom Klassenfeind verfolgte - ob er einem Zirkel wie der ehemaligen Gruppe Rote Fahne, der Liga gegen den Imperialismus oder der "KPD" angehört, solidarisch unterstützt werden muß.

Das ist der Grund, warum unsere Partei mit allen verfügbaren Kräften den Aufbau einer einheitlichen Roten Hilfe in ganz Westdeutschland und Westberlin unterstützt. Wir haben erkannt, daß es zu keiner einheitlichen Kampffront führen kann, daß es nicht möglich ist, neue Kräfte für den Kampf zu führen, wenn jede verfolgte Organisation, wenn für jede verfolgte Einzelperson ein eigenes Solidaritätskomitee gegründet wird. Das zersplittert die Kräfte und führt zu einer Schwächung der Kampfkraft aller politisch vom Klassenfeind verfolgten. Unsere Partei hat deshalb den Fehler, ein eigenes Solidaritätskomitee zur Unterstützung der Genossen und Sympathisanten der Partei auf die Beine zu stellen, selbstkritisch korrigiert. Stattdessen setzt sie alle Kräfte ein zur Schmiedung einer einheitlichen Solidaritätsfront gegen die politische Unterdrückung in Westdeutschland und Westberlin.

Nur so ist es möglich, daß die politische Unterdrückung durch den imperialistischen Staat zu einem Bumerang für die herrschende Klasse wird und an dieser Front neue Kräfte für den revolutionären Klassenkampf gewonnen werden.

'KPD' - Führer spalten die Solidaritätsbewegung

Die einheitliche Aktion an dieser Front kann nicht bedeuten, daß wir Kommunisten hier den ideologischen Kampf gegen falsche Auffassungen einstellen werden.

Die "KPD" erhebt seit einiger Zeit gegen die Partei den Vorwurf, unsere Solidarität sei heuchlerisch. Sie hat damit auch die Ablehnung einer Aktionseinheit gegen die politische Unterdrückung begründet. (Hier gab es örtlich und regional allerdings Unterschiede: teils wurden erfolgreiche Aktionseinheiten durchgeführt.)

Wir weisen diese Vorwürfe gewisser "KPD"-Führer entschieden zurück. Auch wenn diese "KPD"-Führer sich einbilden, sie könnten auf unsere Solidarität verzichten, und dagegen groß die "Solidarität" der trotzkistischen GIM herausstellen, wir werden weiter die Genossen der "KPD" gegen alle Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz und des staatlichen Terrorapparats unterstützen.

Die Rote Fahne versucht in diesem Zusammenhang den Eindruck zu erwecken, als würde die Bourgeoisie nur die "KPD" verfolgen, während alle anderen revolutionären Organisationen sich dies nur einbilden. Ja, sie wiederholt ihren absurden Vorwurf, "die KPD/ML" fiebere dem Verbot entgegen". Sicher, wenn man nur die Rote Fahne liest, dann wußte man bis vor kurzem nichts davon, daß z.Bsp. bereits nach der Durchbrechung des Demonstrationsverbot beim Roten Antikriegstag 1972 mehrere Genossen zum Teil wochenlang eingekerkert waren. Dann weiß man nicht, daß die Vorwürfe "kriminelle Vereinigung" nicht erst jetzt auftauchen, sondern die Rechtfertigung für den blutigen Terror gegen die RAF war, daß gegen zwei Genossen der ehemaligen Gruppe Rote Fahne Bochum bereits Anklage erhoben wurde wegen Rädelsführerschaft in einer "kriminellen Vereinigung, dann wüßte man nicht von den massiven Versuchen, zum Beispiel beim Münchner Kommunistenprozeß die KPD/ML zu einer "kriminellen Vereinigung zu stempeln. Verläßt man sich auf die Berichterstattung in der Roten Fahne, dann gewinnt man den Eindruck, hunderte unserer Genossen seien deshalb festgenommen worden, weil sie dem Aufruf der "KPD" folgten. Genossen der "KPD", ihr wißt selbst, daß Eure Behauptung, wir würden groß von Durchbrechung des Demonstrationsverbotes sprechen und dann nichts auf die Beine stellen, erlogen ist. Ihr wißt selbst, daß wir uns nicht auf eine kurze Durchbrechung des Demonstrationsverbotes beschränken, sondern am 1. Mai und am 19. Mai (Anti-Breshnew-Demonstration) den ganzen Tag über in der Innenstadt und in den Arbeitervierteln Kundgebungen und Demonstrationen durchführten.

Es ist absurd, wenn Ihr Euch als Beweis für unser angebliches "Illegalitätsfieber" auf das oberflächliche Lesen der bürgerlichen Presse beruft. Es dürfte doch auch den Führern der "KPD" nicht entgangen sein, daß die bürgerliche Presse eine ganze Reihe von revolutionären Aktionen, die die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen unterstützten oder durchführten, jetzt als Aktivitäten der "KPD" ausgibt.

Es ist kein Zufall, daß die "KPD" gerade bei der Demonstration in München auch heute noch jede Verantwortung empört von sich weist. War damals das Argument, hier handele es sich um eine "Gewaltaktion", so ist dieses Argument inzwischen durch die Aktionen der "KPD" selbst widerlegt. Übrigbleibt folgerichtig allein, daß die Führer der "KPD" sich von dieser Aktion politisch distanzieren, weil sie ihrer Linie vom friedlichen westdeutschen Imperialismus widerspricht. (s. RM Nr. —)

Aber die Führer der "KPD" begnügen sich nicht damit, die politische Verfolgung revolutionärer Organisationen so zu frisieren, daß dabei fast ausschließlich eine Verfolgung der "KPD" herauskommt. Sie gehen dazu über, den einheitlichen Kampf gegen die politische Verfolgung offen zu sabotieren und zu spalten, indem sie ein Komitee auf die Beine stellen ("Hände weg von der KPD"), das ausschließlich gegen die Verfolgung der "KPD" und ihrer Massenorganisationen protestiert das allein gegen die Versuche protetiert, die "KPD" zur kriminellen Vereinigung zu stempeln, das die Aufhebung des Demonstrationsverbots in NRW nur gegenüber der "KPD" fordert. Deutlicher konnten die "KPD"-Führer nicht zum Ausdruck bringen, daß es ihnen egal ist, wenn die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen als kriminelle Vereinigungen verfolgt werden, daß man gegen die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots in NRW gegen die KPD/ML und andere Organisationen nichts einzuwenden hat.

Hier ist die Frage doch wohl berechtigt, wen der Vorwurf von der heuchlerischen Solidarität trifft. Die verantwortlichen Genossen von der "KPD" sollen uns in diesem Zusammenhang doch einmal erklären, aus "ehrlichen" Solidaritätsgefühlen heraus sie das Pariser Solidaritätskomitee für die politisch Verfolgten in Westdeutschland in ein Komitee ausschließlich zur Solidarität mit der "KPD" verfälschten. Für Kommunisten kann es keinen Grund geben, von dem Aufkleber "Liberté pour les prisoniers politiques-pour la KPD (ML)" das (ML) wegzuretouschieren wie in der Roten Fahne Nr. 25 geschehen.

Solidarität - eine Klassenfrage

Die KPD/ML wird sich allen Spaltungsversuchen der "KPD"-Führer zum Trotz für Aktionseinheiten und eine geschlossene Front aller Revolutionäre gegen die politische Unterdrückung einsetzen.

Das Komitee "Hände weg von der KPD" dient unter der jetzigen Stoßrichtung nicht diesem Ziel. Deshalb ruft die KPD/ML auch nicht zu Aktionen dieses Komitees auf. Sie verzichtet allerdings auch bei Veranstaltungen des Komitees nicht darauf, sich für eine gemeinsame Front und eine einheitliche Organisation gegen die politische Unterdrückung, die ROTE HILFE einzusetzen. Wie die gemeinsamen Resolutionen der Gefangenen im Dortmunder Bunker zeigen, sind die Voraussetzungen hierfür bei den Genossen der "KPD" und ihrer Massenorganisationen klar vorhanden.

Das spalterische Vorgehen der "KPD"-Führung auch im Kampf gegen die politische Unterdrückung ist kein Zufall. Es liegt letzlich ebenso wie ihre prinzipiellen Abweichungen in wesentlichen Fragen (freidlicher Imperialismus, Verharmlosung des modernen Revisionismus) in ihrem Verhältnis als kleinbürgerliche Revolutionäre zur Arbeiterklasse.

Die Grundlage für die "KPD"AO-Gründung waren nicht die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, sondern wie es in der Gründungserklärung von 197o noch offen heißt, die zukünftigen Berufsperpektiven linker Studenten:

Die Leugnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse (immer noch bauen die "KPD"-Führer darauf auf, daß sie bei der "KPD"AO - Gründung 197o wegen des Fehlens der revolutionären Arbeiterbewegung als Intellektuelle die Führung der Arbeiterklasse übernehmen mußten) und systematische Verharmlosung des modernen Revisionismus (immer noch versuchen die "KPD"-Führer den Kampf der revolutionären Kräfte in der KPD als unwesentlich für die westdeutsche Arbeiterklasse abzutun) - das ist nach wie vor das A und O der "KPD"AO. Solange die "KPD"-Führer nicht in der Lage sind oder nicht willens sind, diese schwerwiegenden Fehler selbstkritisch zu überwinden, sondern weiter ihre damalige Einschätzung (die modernen Revisionisten sind Freunde und Revolutionäre, die Fehler machen) nur verschleiern oder als Schönheitsfehler abtun, gleichzeitig aber die Schaffung der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, wegen einiger taktischer Fehler als haltlos abtun, solange beweisen sie nur, daß sie an die grundlegenden Fragen der westdeutschen Revolution nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt ausgehen, solange werden sie in diesen Fragen weiter zwischen dem modernen Revisionismus und dem Marxismus-Leninismus hin und her pendeln, solange werden sie auch in Fragen wie der Solidarität gegen den Klassenfeind nicht in erster Linie von den grundlegenden Erfordernissen der westdeutschen Revolution ausgehen und damit die Schaffung einer revolutionären und antirevisionistischen Kampffront gegen die politische Unterdrückung behindern.

Marxisten - Leninisten in die KPD/ML !

Liebe Genossen,

ich schicke euch hier die Austrittserklärung des Kollegen Fritz T., 56 Jahre alt, aus der D"K"P. Hier in Köln sind im Anschluß an die Breshnew-Demonstration 8-1o Mitglieder der D"K"P ausgetreten. Jeder hat eine eigene für seinen Austritt geschrieben. Den Genossen hat schon seit langer Zeit die Linie der D"K"P-Führung gestunken, einige waren nur noch drin, um andere Genossen zu überzeugen.

In der Hauptsache waren es das Anhängen der D"K"P an die SPD, die Haltung zur Mitbestimmung, das innerparteiliche Leben der D"K"P und die Stellung zur Sowjetunion und zur VR China, die sie kritisierten. Die Breshnew-Demonstration hat ihnen ganz konkret gezeigt, daß sie auf der falschen Seite stehen. Die einen wurden von der Bourgeoisie beschützt, die anderen zusammengeschlagen. Unsere Sache hier in Köln ist es, sie fester auf die richtige Seite zu bringen...

Austrittserklärung

An den Kreisvorstand der DKP in 5 Köln 1, Bobstr. — 5 Köln 1, 1o.6.73

Betr. Austrittserklärung

Leev "DKP", wat eß met üch loß?
Hatt Ihr dat KÄMPFE verjesse?
Ich luhr de letzte Zick immer deefer en dr Bloos,
war minge Ausbeuter an mir kunnt vermesse.
Et reck nit mich vun vöre, et reck nit mich donoh,
mer darf nur noch rackere: Dä Betriebsrat luhrt zo!
Sei dunn nur vill schwade un spelle dr King.
Hüren die jet vun "streike", dann krijen die Ping!
Sie halden vill vun "Friedenspflicht" un vertrösten uns op morje;
se reden vill vun "Mitbestimmung", kümmrn sich ävver nit öm uns Sorje.
No hann ich ävver öfter jehoot, dat de Kommuniste jonn op Barrikade.
Ich daach, dat wör die DKP, die op et "kämpfe" wollt nit mich lang waade.
Elans jedach, dat stembte nit, die DKP well dovun nix wesse.
em Jäjendeil, sei schängen üvver die Jenossen, die sei han bedresse

Dat Unverschämteste, wat ich soh, dat jing mir schwer op dr Mage:
Et wäde widder, wie schun jehatt, die Proleten zosammejeschlage!
Ville han se enjekerkert, wie im 1ooojährigen Reich;
Für die DKP sin dat Chaoten, denn sei hann et leever weich.
Ich ävver kenne bal dä Drieh, ich ben jo durch et Leve jejange:
mich kann noh all däm Janze, och en "DKP" nit nich fange.
Für mich eß itzt die DKP
Für immer un iwig nun passé!

Als Anlage mein Parteiausweis zurück.

Das neue Waffengesetz:

Entwaffnung des Volkes – Bewaffnung der Volksfeinde

Die Meldefrist von Waffen, Pistolen, Gewehren bis hin zu Hieb- und Stichwaffen lief am 30. Juni ab. Bis dahin hätte jeder Waffenbesitzer einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen und an die Behörde schicken müssen. Das Bundesinnenministerium hatte gedroht: "Ab 1. Juli ist der Besitz nicht angemeldeter Waffen illegal und strafbar bis zu fünf Jahren."

Die Bourgeoisie benutzt den Schrecken der wachsenden Kriminalität, die eben durch ihr Profit- und Ausbeutungssystem geschaffen und gezüchtet wird,



und behauptet scheinheilig,: Das Waffengesetz dient ja nur der Einschränkung der Kriminalität. In Wirklichkeit werden Ganoven und Bankräuber nach wie vor ihre Waffen auf dem schwarzen Markt erhalten, wird der Waffenhandel auch weiterhin nach dem kapitalistischen Prinzip florieren: Wer Geld und Einfluss hat, erhält seine MP.

Die Bourgeoisie sagt: Wenn jeder Bürger (gemeint sind vor allem die Arbeiter) seine Waffe im Schrank hätte, dann gäbe es Chaos und Anarchie. In Wirklichkeit aber hat die herrschende Klasse Angst um ihr 'Gewaltmonopol', Angst vor der Bewaffnung des Volkes" Im sozialistischen China sind Millionen Arbeiter und Bauern bewaffnet - in Albanien nehmen die Bauern ihre Gewehre mit aufs Feld - dort herrschen weder Chaos noch Anarchie, und Kriminalität und Gewaltverbrechen gibt es verschwindend wenig.

Es ist kein Zufall, dass die Neufassung des Waffengesetzes gerade jetzt angesichts der immer breiteren und auch militanteren Kämpfe der Massen durchgesetzt werden soll. Das Volk soll entwaffnet werden. Alle Waffen sollen in den Händen der Bourgeoisie und den Staatsorganen konzentriert werden: In der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, der Polizei, den 8-Groschen-Jungs, den altbraunen Nazi-Banden usw.

Polizeiwachtmeister Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, verlor selbstverständlich seine Waffe nicht, auch dann nicht, als er danach eines Sexualdeliktes an einem jungen Mädchen überführt worden war. Waffen besitzen auch in Massen die Herren Kapitalisten, die Bankiers und Aktionäre. So enthüllte der "Rote Lautsprecher", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens/Berlin vor einem Jahr, dass im Keller des Werkes Waffenlager, sogar mit Maschinengewehren, angelegt sind.

Diese Waffen der Bourgeoisie werden nach dem neuen Waffengesetz in keiner Weise eingeschränkt. Nach dem neuen Waffengesetz muss "ein Bedürfnis" nachgewiesen werden, um einen Schein zu erhalten. Solch ein Bedürfnis besteht nach Auffassung des Gesetzgebers z.B. wenn Gefahr für Eigentum drohen kann. Damit ist weiterhin des Kapitalisten voll zugesichert, dass sie ihr Eigentum mithilfe von bewaffneten Werkschutz, Leibwächtern, oder eigenen Privatarmeen schützen können, die seit neuestem von besonderen Ausbildungszentren geliefert werden können. Dazu heisst es ausdrücklich, dass den Waffenschein all jene Personen erhalten, "die aufgrund eines Arbeitsverhältnisses die Schusswaffe nach den Weisungen des Erlaubnisinhabers zu führen haben. Solche Waffenschein können zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter(!) mit Auflagen erteilt werden. 'Selbstverständlich erhalten auch höhere Beamte, Minister usw. jederzeit eine Waffenerlaubnis.

Vielen Sportschützen ist aus Erfahrung bereits bekannt, dass bei der Waffenzuteilung ein Klassenrecht herrscht. Den "angesehenen Bürgern", den Besitzenden und Reichen werden Waffen sofort genehmigt, während ein Arbeiter oder kleiner Angestellter die Genehmigung nur schwierig und oft gar nicht erhält. Auch haben sie ihre Erfahrung mit Kontrollen. Zwar soll zunächst noch fast jeder die neue Waffenbesitzkarte erhalten. Später kommen dann aber die routinemässigen Überprüfungen. Den Behörden und Landratsämtern wird so Zutritt in die Wohnungen verschafft. z.B. zur Überprüfung, ob Waffe und Munition ordnungsgemäss getrennt aufgewahrt wird, aber auch die Entnahme von Schussproben und die Kontrolle der Buchführung über jeden Schuss gehören zu den Schikanen.

Nach dem neuen Waffengesetz werden alle zusammenlegbare und versteckte Waffen - also solche, denen man den Waffencharakter nicht ansieht - verboten. Mit diesem Gummiparagraphen wurde eine gesetzliche Grundlage für die Bestrafung z.B. von Demonstranten geschaffen, die mit "Waffen" wie Sturzhelme, Taschenmessern, Fahnenstangen usw. ausgerüstet sind.

Nach vielen empörten Protesten gegen das neue Waffengesetz - ganze Schützenvereine lehnten es geschlossen ab - scheint die Durchführung am Widerstand der Waffenbesitzer weitgehend zu scheitern: Bisher sind von der Bundesdruckerei erst 400 000 Vordrucke angefordert worden, obwohl der Waffenbestand auf ca 10 bis 20 Millionen geschätzt wird.

Lenin schrieb in "Das Militärprogramm der proletarischen Revolution": "Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der grössten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft...Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche Klasse ist nur wert, unterdrückt zu werden."

INFORMATION

Polizei rüstet für Lohnkampf

[illegible]

AUS: 'WIRTSCHAFTSWOCHE' 26/73 VOM 22.6.73

Entwaffnung der Arbeiterklasse und Bewaffnung der Bourgeoisie – gegen wen die Bourgeoisie ihre Waffen wenden will, darüber lässt das Zitat aus der Wirtschaftswoche keinen Zweifel.
(Wobei es natürlich nicht das Verdienst der D'K'P ist, wenn die Arbeiterklasse sich im Herbst entschieden gegen Lohnraub und Teuerung zur Wehr setzen wird).

Mit der Pistole in der Hand ...

Genossen,

In der Nacht vom 27. - 28.6.73 nachts gegen 0.30 Uhr wollten wir an unserem Betrieb Rheinstahl Schalker Verein Parolen malen. Während wi[r] so an einer Mauer gross "Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten KPD/ML, Rote Garde" malen konnten, kamen wir direkt an dem Tor [...] bis zum "K". Plötzlich war auf der Wannerstrasse (sie führt direkt am Schalker Verein vorbei) ein riesiges Spektakel. Ein VW-Bullen-Auto (na-türlich in Zivil) verfolgt in rasender Fahrt einen Mercedes-Diesel, in dem ein junger Mann sass. Vermutlich hatte er den Wagen gestohlen (das konnt[e] nicht festgestellt werden) und versuchte jetzt, der Polizei zu entkommen.

Der Bullenwagen versuchte, den Mercedes zu schneiden. Und wenn ma[n] nicht selber dabei gewesen war, glaubt man es kaum, die Bullen fingen a[n] zu schiessen. Wenn es auch "nur" ein Warnschuss war, wie es so sch[ön] heisst, wer kümmert sich schon darum, ob ein bisschen tiefer geschoss[en] wird. Der Fahrer des Mercedes kam daraufhin so in Panik, dass er recht[s] abbog, wo ihn allerdings das Gittertor vom Werkeingang zum Halten brach[te]. Sofort stürzten sich die Bullen mit vorgehaltener Pistole auf den Fahre[r] und versuchten, ihn fertigzumachen. Diesen hörte man nur schreien: "D[as] konnt ihr nicht machen, lasst mich los."
Innerhalb paar Minuten waren mehrere Einsatzwagen zur Stelle und al[le] bemühten sich um den "Schwerverbrecher."

Wer die Besessenheit der Bullen gesehen hat, zweifelt nicht mehr d[a]ra, dass sie den jungen Mopedfahrer von hinten auf der Flucht erschossen haben. Es zweifelt auch keiner mehr daran, wie die Bullen gegen Demonstranten vorgehen.

Dieses Ereignis schürt den Hass gegen diese Schweine ungeheurlich und zeigt, dass es gegen diese Leute keinen Schritt zurück gibt.

HINWEIS

Wegen technischer Schwierigkeiten in der Setzerei kann ein Teil dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN nur im Flattersatz und in veränderter Schrifttype erscheinen. Wir bitten unsere Leser auch die damit zusammenhängenden Veränderungen im Layout zu entschuldigen. Die nächste Ausgabe des ROTEN MORGEN erscheint wieder in gewohnter Aufmachung.

Im RM Nr.26, Seite 3 wurde durch einen Fehler im Layout ein Teil des Artikels über den Klöckner-Streik ausgelassen. Es wurde darin besonders auf die Massnahmen der Geschäftsleitung des Klöckner-Konzerns eingegangen, die Polizei und Innensenator gegen die Streikenden zu Hilfe riefen.

-Anzeige-

I. W.I. Lenin, 'Brief an einen Genossen'	0,50 DM
B. Jakowlew, 'Lenin über die operative Beweglichkeit in der organisatorischen Arbeit' (Auszug auf: 'Wissen und Tat', Heft 4/1951)	0,50 DM
J.W. Stalin, 'Über die Mängel der Parteiarbeit und die Massnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler (Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(b), 3. und 5. März 1937). KPdSU(B)	1,50 DM
Kalinin, 'Über die politische Agitation' (Inhalt: 'Einige Fragen der Massenarbeit der Partei', Rede in einer Beratung der Parteifunktionäre der Moskauer Betriebe am 21.4.1942. **'Eine brüderliche Kampfgemeinschaft'**, Rede gelegentlich einer Besprechung mit Frontagitatoren, die unter Kämpfern nichtrussischer Nationalitäten tätig sind, am 4.8.1943. **'Einige Worte über Propaganda und Agitation'**, Rede in einer Beratung der Sekretäre der Moskauer Parteiorganisationen am 2.1.1944.	1,- DM

Bestellungen an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49 Postscheck Hmb 1935 72 – 207** (Porto zu Lasten des Bestellers).

Kontaktadresse:

Gestörte Imperialistenfeier

West-Berlin, 4.7.73. Zum 197. Jahrestag der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung hatten sich die Vertreter der vier Besatzungsmächte von Berlin zu einer netten Feierlichkeit versammelt. Auch die Abgesandten der neuen Zaren im Kreml hatten es sich nicht nehmen lassen, mit ihren westlichen Artgenossen Brüderschaft zu trinken. Und zwar im Harnackhaus, einer US-Festung mitten in der "Freien" Universität, wo der Hass gegen den Imperialismus weit verbreitet ist.

Schon vor Beginn der Feier versammelten sich Anti-Imperialisten vor der Niederlassung der US-Imperialisten und veranstalteten eine Kundgebung. Auch Genossen vom KSB/ML waren dabei. Immer wieder wurden die Parolen gerufen:

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS DEM HAUPTFEIND DER MENSCHHEIT!
KAMBODSCHA, LAOS, VIETNAM: SIEG IM VOLKSKRIEG!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Die Parole: NIEDER MIT DEM KOMPLOTT DER BEIDEN SUPERMÄCHTE! fand auch unter Liga- und KSV-Anhängern Anklang. Auch die Parole: AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND! fand zunehmend mehr Echo.

Anschliessend marschierte man durch das Uni-Gelände. Der Zug wuchs bald auf über 300 Menschen an, obwohl schon viele Studenten in Ferien waren.

Hinter dem Harnackhaus, wo die Demonstranten mit Sprechchören und Knallfröschen die liebliche Festmusik übertönten, kam es zu ersten Provokationen: 6 CIA-Agenten zogen ihre Pistolen, entsicherten sie und richteten sie auf die Anti-Imperialisten! Als dann Mannschaftswagen der West-Berliner Polizei mit hoher Geschwindigkeit in die Menge fuhren, Tränengasgranaten flogen und die Gummiknüppel eingesetzt wurden, gingen manchem Freund die Augen auf.

US-Besatzer und West-Berliner Knüppelgarde verteidigen die gleichen Interessen, nicht nur in Indochina, sondern auch hier in West-Berlin!